

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 915 20-0
Telefax: (0228) 915 20-12 (Redaktion)
915 20-15

Inhalt

Eine Mehrheit für eine sozial-ökologische Reformpolitik spätestens in vier Jahren, sieht der hessische Ministerpräsident **Hans Eichel**.

Seite 1

Als ein erfreuliches Zeichen bewertet **Gerd Walter**, Minister für Bundesangelegenheiten und Europa in Schleswig-Holstein, die Zustimmung der Finnen zu einem Beitritt Finnlands zur Europäischen Union.

Seite 2

Die Initiative der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) für eine Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital erläutert ihr Vorsitzender **Roland Issen**.

Seite 3

49. Jahrgang / 199

17. Oktober 1994

Votum für eine sozial-ökologische Reformpolitik

Von **Hans Eichel**
Ministerpräsident von Hessen
Mitglied des SPD-ParteiVorstands

Die Bundestagswahl zeigt: Es gibt in Deutschland einen Trend hin zu einer sozial-ökologischen Reformpolitik. Viele Menschen haben sich von CDU und FDP abgewendet und der SPD und den Grünen zugewendet. Sie haben erkannt, daß die großen Aufgaben der Zukunft

- die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- die Wiederherstellung und Wahrung der sozialen Gerechtigkeit
- der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen
- die Einigung Europas
- die Wahrung des Friedens

von CDU und FDP nicht gelöst werden können. Die SPD, aber auch die Grünen, haben dagegen diese Themen aufgegriffen und vernünftige Lösungen angeboten. Das haben die Wählerinnen und Wähler am 16. Oktober 1994 honoriert. Zwar hat es diesmal noch nicht zum Machtwechsel gereicht, aber selbst wenn die jetzige Koalition die nächsten vier Jahre übersteht - woran gezweifelt werden muß -, so haben wir jetzt die Grundlagen für den Wechsel in vier Jahren geschaffen.

CDU und FDP haben eine Niederlage erlitten. Das Regieren wird für sie sehr schwer werden. Eine von inneren Konflikten geprägte, auf eine hauchdünne Mehrheit gestützte Regierung ist für unser Land nicht von Nutzen. Denn ein so fragiles Gebilde wie das neue Kabinett Kohl kann die Zukunftsaufgaben nicht lösen. Kohl und seine Mannschaft werden versuchen, möglichst allen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen. Den Herausforderungen unserer Zeit werden sie sich jedenfalls in ihrer Schwäche nicht stellen.

Hinzu kommt, daß die großen Probleme, vor denen wir stehen, zu einem guten Teil von der konservativ-liberalen Koalition zu verantworten sind. Die Massenarbeitslosigkeit und die soziale Schieflage, die Gewalt in unserer Gesellschaft und die Vernachlässigung des Umweltschutzes gehen wesentlich auf die Versäumnisse und Fehlentscheidungen der Bundesregierung zurück.

Verlag: Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Dieser Politik haben wir in Hessen vor fast vier Jahren unser sozial-ökologisches Reformmodell entgegengesetzt. Damit ist es uns gelungen, besonders schlimme Auswüchse zu verhindern und alternative Lösungswege zu beschreiten. Wir haben damit gute Erfolge erzielt. Das Bundestagswahlergebnis in Hessen hat unsere Arbeit bestätigt. CDU und FDP haben in Hessen im Vergleich zu 1990 Einbußen hingenommen, während SPD und Grüne insgesamt zugelegt haben, auch wenn wir mit dem Abschneiden der SPD insbesondere in den großen Städten des Rhein-Main-Gebiets so nicht zufrieden sein können. Dennoch haben wir eine günstige Ausgangsposition für die Landtagswahl am 19. Februar 1995, der ersten Landtagswahl in Deutschland nach der Bundestagswahl.

An diesem Tag geht es darum, den Trend hin zu einer menschengerechten Politik zu verstärken und die sozial-ökologische Position in Hessen auszubauen. Deutschland braucht diese Reformpolitik.

(-/17. Oktober 1994/hgs/fr)

Das klare Ja der Finnen

Finnisches Ja zum EU-Beitritt stärkt die Europäische Union und verleiht dem Ostseeraum mehr Gewicht

Von Gerd Walter

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in Schleswig-Holstein

Das klare Ja der finnische Bevölkerung ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Europäischen Union und des Ostseeraums. Das positive Beitrittstotum der Finnen gibt den proeuropäischen Kräften in den skandinavischen Nachbarländern kräftigen Rückenwind für die Volksabstimmungen am 13. November in Schweden und am 28. November in Norwegen. Damit rückt die Norderweiterung der EU zum Greifen nahe, die wichtige Impulse für mehr Demokratie, mehr Umweltschutz und höhere soziale Standards geben wird. Das stärkt die Kraft des Nordens in Europa und eröffnet völlig neue Perspektiven für die Zukunftsregion rund um die Ostsee.

Als wir in Schleswig-Holstein 1987 angingen, die Idee der Ostseekooperation neu zu beleben, stand die Mauer in Berlin noch. Es war ein Versuch, Blöcke zu überwinden. Seit der Wende 1989 haben wir die historische Chance, daß auch im Ostseeraum wieder zusammenwächst, was durch Jahrzehnte des Kalten Krieges gespalten war.

Der Ausbau der Ostseekooperation ist nach dem Zusammenbruch der Comecon-Märkte nicht nur für Finnland eine zentrale Zukunftsperspektive. Schon heute repräsentieren die Ostseeanrainer rund 20 Prozent des Welthandelsvolumens. Allein ihr Binnenhandel macht circa sechs Prozent des Welthandels aus. Die verstärkte Zusammenarbeit der Ostseeanrainer bietet daher die Möglichkeit, den Wachstumsregionen im "Sun-Belt" von Barcelona bis Mailand oder auf der "Euro-Banane" mit London, Amsterdam, Paris, Frankfurt, München und Mailand Paroli zu bieten.

Ostseekooperation ist ein regionaler Beitrag, um die Spaltung in Ost und West zu überwinden. Die Gräben der Armut müssen zugeschüttet werden, damit die osteuropäische Krise nicht auf den Westen übergreift und auch das satte Westeuropa in ihren Strudel zieht. Die turbulente Entwicklung in Rußland mit all ihren Unwägbarkeiten zeigt mehr als deutlich, mit welchen Risiken wir rechnen müssen.

Ostseekooperation ist zugleich ein neuer Baustein der gesamteuropäischen Architektur. Ostseekooperation ist deshalb auch eine gesamteuropäische Aufgabe. Eine Aufgabe, der sich die EG stärker als bisher stellen sollte. Zwar können die Ostseestaaten schon heute an verschiedenen Projekten und Programmen der Gemeinschaft partizipieren. Doch die vorhandenen Programme leiden an einer Schlagseite zugunsten der EG-EFTA-Kooperation und der bilateralen Zusammenarbeit. Eine integrierte Regionalpolitik für den gesamten Ostseeraum steckt noch in den Kinderschuhen.

Schleswig-Holstein hat deshalb die Initiative für ein "Ostseeprogramm" der Gemeinschaft ergriffen, in dem die verstreuten Angebote und Hilfen zusammengeführt und konzentriert werden können. Als einen ersten Schritt sollte die EG ein "Grünbuch Ostsee" erstellen, das die Entwicklungsperspektiven der Ostseeregion aufzeigt. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die Umweltsanierung, die Forschungs- und Technologieförderung, die Ausbildung und der kulturelle Austausch sollten hier im Mittelpunkt stehen.

Aufgrund seiner Geschichte und Geographie hat Finnland eine besondere Mittlerrolle im Ostseeraum. Zum einen liegt Helsinki weiter östlich als Prag und Warschau. Zum anderen wickelte Finnland 1992 weit über zwei Drittel seines Außenhandels mit der EG (53 Prozent) und den EFTA-Staaten (19 Prozent) ab. Daraus ergeben sich Chancen und Verantwortung zugleich.

Dazu gehört auch, eine realistische Perspektive der EG für die ehemaligen Comecon-Staaten entwickeln zu helfen. Die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas brauchen keine leichtfertigen kurzfristigen Beitrittsversprechungen, sondern vor allem offene Märkte und Aufbauhilfen der Gemeinschaft. Daran entscheidet sich, wie ernst die Sonntagsreden über das gemeinsame Europa wirklich gemeint sind.

(-/17. Oktober 1994/hgs/fr)

Initiativen für eine gerechtere Vermögensbeteiligung **Es gibt nur eine Lösung: Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital**

Von Roland Issen
Vorsitzender der Deutschen Angestellten Gewerkschaft

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind am von ihnen mitbewirtschafteten gewerblichen Vermögen unserer Volkswirtschaft nach wie vor kaum beteiligt. Dies trotz einer langen und grundsätzlichen Diskussion darüber, daß ausgerechnet bei der Vermögensart "Produktivkapital", die ja auch gesellschaftliche Verfügungsmacht über Menschen und Arbeitsplätze bedeutet, das größte Ungleichgewicht in der Vermögensverteilung überhaupt besteht. Die Konzentration des Eigentums bei einer relativ geringen Zahl sehr vermögender Haushalte ist für unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung untragbar.

Gleichzeitig hat sich in der Einkommensverteilung die Position der abhängig Beschäftigten im letzten Jahrzehnt massiv verschlechtert. Man kommt deshalb an der Erkenntnis nicht vorbei, daß es letztlich mit der "klassischen" Lohn- und Gehaltspolitik nicht gelungen ist, die Verteilung von Einkommen und damit auch Vermögen nachhaltig zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verändern.

Für die 90er Jahre zeichnet sich eine Verhärtung der Verteilungskonflikte in der Bundesrepublik ab. Dies vor allem auch mit der Argumentation, daß die inländische Kapitalaufbringung zur Finanzierung des sehr großen Investitionsbedarfs in den neuen Bundesländern gestärkt werden müsse.

Weiter ist davon auszugehen, daß die 90er Jahre auf Dauer durch einen angespannten Arbeitsmarkt gekennzeichnet sein werden und daß es politisch sträflich wäre, nur auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu vertrauen. Man muß sich darüber hinaus deshalb Gedanken machen, wie man eine ausreichende Investitionstätigkeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Absicherung vorhandener Arbeitsplätze erreichen kann.

Was für Investitionen eingesetzt wird, kann nicht noch ein zweites Mal zur Verwendung für Konsum verteilt werden. Unter sonst gleichbleibenden Bedingungen - insbesondere für die neuen Länder - würde eine Forcierung der Investitionstätigkeit mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Wiederholung der Vermögenskonzentrationsprozesse, wie sie in den 50er und 60er Jahren in der alten Bundesrepublik gerade im Bereich des Produktivkapitals zu erleben waren, führen. Das gilt es, aus verteilungspolitischen und auch aus allgemeinen politischen Zielsetzungen zu verhindern. Die Konzentra-

tion von wirtschaftlicher Macht - gemessen an der Konzentration des Produktivkapitals - birgt natürlich auch immer die Gefahr, daß wirtschaftliche Macht in politische Macht umschlagen und auch mißbraucht werden kann. Deshalb sind die Gewerkschaften für ein breitgestreutes Eigentum, auch für ein breitgestreutes Eigentum am Produktivkapital.

Die Aufgabe lautet, über forcierte Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Verbreiterung des Arbeitsplatzangebotes beizutragen, ohne gleichzeitig neue Korrekturen in der Einkommensverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer zu erzeugen. Es gibt nur eine Lösung: Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital.

Die DAG hat in der Tarifrunde 1991 für die Metall- und Elektroindustrie West einen Vorschlag vorgelegt, wonach die Beschäftigten, die im Rahmen des Tarifabschlusses ein Prozent ihres Lohns beziehungsweise Gehalts in Form einer Vermögensbeteiligung anlegen, eine zusätzliche vermögenspolitische Leistung des Arbeitgebers von ebenfalls ein Prozent ihres Einkommens erhalten. Diese Beteiligung sollte auf freiwilliger Basis erfolgen; ansonsten gilt die tariflich vereinbarte Lohn- und Gehaltserhöhung. So der materielle Kern der Vermögensbeteiligungsinitiative beziehungsweise die Seite der Aufbringung. Was die Verwendungsseite anbetrifft, so wurde Bezug genommen auf den Anlagekatalog des Vermögensbildungsgesetzes beziehungsweise auf Paragraph 19a EStG.

Gesamtmittel und DAG haben in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe über konkrete Formen einer Umsetzung dieser Idee miteinander gesprochen und auch ein Modell entwickelt. Für beide Seiten - für die Arbeitgeberseite viel ausgeprägter noch als für die DAG - war eine unverzichtbare Bedingung, daß eine solche Beteiligung an der Investitionsfinanzierung nur auf dem Prinzip der doppelten Freiwilligkeit beruhen kann. Gewerkschaften können also kein einzelnes Unternehmen über Tarifvertrag zwingen, Arbeitnehmer an der Investitionsfinanzierung zu beteiligen, wenn es das einzelne Unternehmen nicht will. Umgekehrt wird kein Arbeitnehmer gegen seinen Willen durch einen Verzicht auf eine Bahllohnzahlung dann an der Finanzierung der Investitionen beteiligt werden können.

Ein zweites Problem taucht in diesem Zusammenhang auf. Je näher die unmittelbare Beteiligung am arbeitgebenden Unternehmen vorgenommen wird, desto größer ist die Kumulierung von Arbeitsplatz- und Vermögensrisiko. Die Gewerkschaften werden es ohne eine hinreichende Absicherung gegen den Verlust des eingebrachten Kapitals bei Investivlohnregelungen oder auch anderen Beteiligungsmodellen nicht verantworten können, dieses Risiko den Arbeitnehmern allein zu überlassen.

Stichwort für eine Insolvenzversicherung wäre die überbetriebliche Lösungsmöglichkeit, zum Beispiel durch Fondsmodelle, bei denen eine Streuung der Risiken möglich ist.

Das stößt aber häufig auf weniger Sympathie bei den Arbeitgebern.

Die gemeinsame Arbeitsgruppe von DAG und Gesamtmittel hat die gesetzlichen Grundlagen für den Abschluß eines entsprechenden Tarifvertrages über eine freiwillige Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr sorgfältig untersucht. Insgesamt kam diese Arbeitsgruppe zu dem Fazit, daß die gesetzlichen Grundlagen teils unzureichend, teils unklar sind.

Der Gesetzgeber sollte, anstatt den Gewerkschaften völlig unzutreffend tarifpolitische Bewegungslosigkeit vorzuwerfen, vielmehr eine gesetzgeberische Initiative zur Verbesserung der rechtlichen Voraussetzungen und förderungsrechtlichen Anreize starten. Das wäre aus der Sicht der DAG ein angemessener Beitrag auf das schwierige wirtschaftliche Umfeld in den nächsten Jahren.

Ein Punkt, über den immer wieder Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften streiten, ist die Frage, ob Leistungen über Investivlohn beziehungsweise Ergebnis- und Gewinnbeteiligung zusätzlich oder alternativ gewährt werden sollen. Die DAG fordert, die Verteilungsspielräume aufgrund des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Lebenshaltungskosten für angemessene Lohn- und Gehaltserhöhung auszuschöpfen und die Vermögensbildung mit der Zielsetzung zu betreiben, eine Korrektur in der Einkommens- und insbesondere in der Vermögensverteilung längerfristig zu erreichen.

Hierzu müssen einerseits zusätzliche Leistungen erbracht werden, die aber die Liquidität der Unternehmen nicht einschränken und insofern die Investitionsspielräume nicht reduzieren. Andererseits sollen die Arbeitnehmer am Wertschöpfungsprozeß durch eine Mitbeteiligung am Zuwachs des Produktivkapitals teilhaben.

Eine solche Strategie wird nur zu Lasten der bisherigen Kapitaleigner - insbesondere was die Verzinsung der Rendite ihres Kapitals anbelangt - zu realisieren sein. Das ist unter anderem einer der Gründe, warum wir in der Frage der Vermögensbildung im Verlauf der letzten 20 oder 30 Jahre kaum voran gekommen sind.

(17. Oktober 1994/hgs/ks)